Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3076

Antrag

der Fraktionen der FDP, CDU/CSU und DP

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem am 18. April 1951 in Paris unterzeichneten Vertrag über die Montan-Union ist als Bestandteil ein Schriftwechsel zwischen dem Bundeskanzler und dem französischen Außenminister beigefügt, nach dem die französische Regierung zugesichert hat, daß über das politische Schicksal der Saar erst durch den Friedensvertrag entschieden werden soll. Der Deutsche Bundestag sieht in der Ernennung eines französischen Botschafters im Saarland und in der gleichzeitig bekannt gewordenen französischen Absicht, französischen Auslandsmissionen saarländische Vertreter beizugeben, mit ernstem Bedauern eine Maßnahme, die mit dieser Zusage nicht im Einklang steht.

Das französische Interesse an der Belieferung mit Kohle und Stahl von der Saar ist durch die Montan-Union bereits befriedigt. Deshalb wendet sich der Bundestag mit Entschiedenheit gegen den Versuch der französischen Regierung, vor Abschluß eines Friedensvertrages die Entscheidung über das politische Schicksal der deutschen Saarbevölkerung vorwegzunehmen. Vor allem erwartet er von der Bundesregierung, daß sie alles tut, damit die Bevölkerung der Saar ihre politischen Freiheiten entsprechend der Charta der Vereinten Nationen endlich zurückerhält.

Bonn, den 8. Februar 1952

Euler und Fraktion
Dr. von Brentano und Fraktion
Dr. Mühlenfeld und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1